AUSLAND

SCHWEIZ

Doch Hundefleisch

Zur Frage, wie es in der Schweiz mit dem Genuß von Hundefleisch stehe, mußte der schweizerische Bundesrat Stellung nehmen. Seine Erklärung bescherte den Kommunisten einen Triumph ihrer Demagogie.

Der Anstoß zur Erörterung des wenig weihnachtlichen Themas allerdings war weder von den eidgenössischen Kommunisten noch überhaupt aus der Schweiz gekommen, sondern aus Moskau. Dort hatte sich die deutschsprachige Zeitschrift „Neue Zeit" vor einigen Monaten mit der Schweiz beschäftigt. Da das nicht oft geschieht, werden die seltenen Fälle in der Eidgenossenschaft um so stärker beachtet.

Als diesmal die „Neue Zeit" das Schauermärchen servierte, die bedauernswerten schweizerischen Arbeiter seien so schlecht gestellt, daß sie sich von Hunde- und Katzenfleisch ernähren müßten, war die Empörung groß.

Aber die Redakteure im Moskauer Verlag „Meschdunarodnaja Kniga" hatten ihre Behauptung nicht in allen Teilen aus der Luft gegriffen. Sie konnten sich vielmehr auf eine bürgerliche, in Basel erscheinende Zeitschrift, den „Schweizerischen Beobachter", beziehen, demzufolge unbestreitbar feststehe, daß in den Kantonen Bern, Solothurn, Freiburg, Appenzell und in der Innerschweiz, der Heimat Wilhelm Tells, der Handel mit Schlachthunden „blühe".

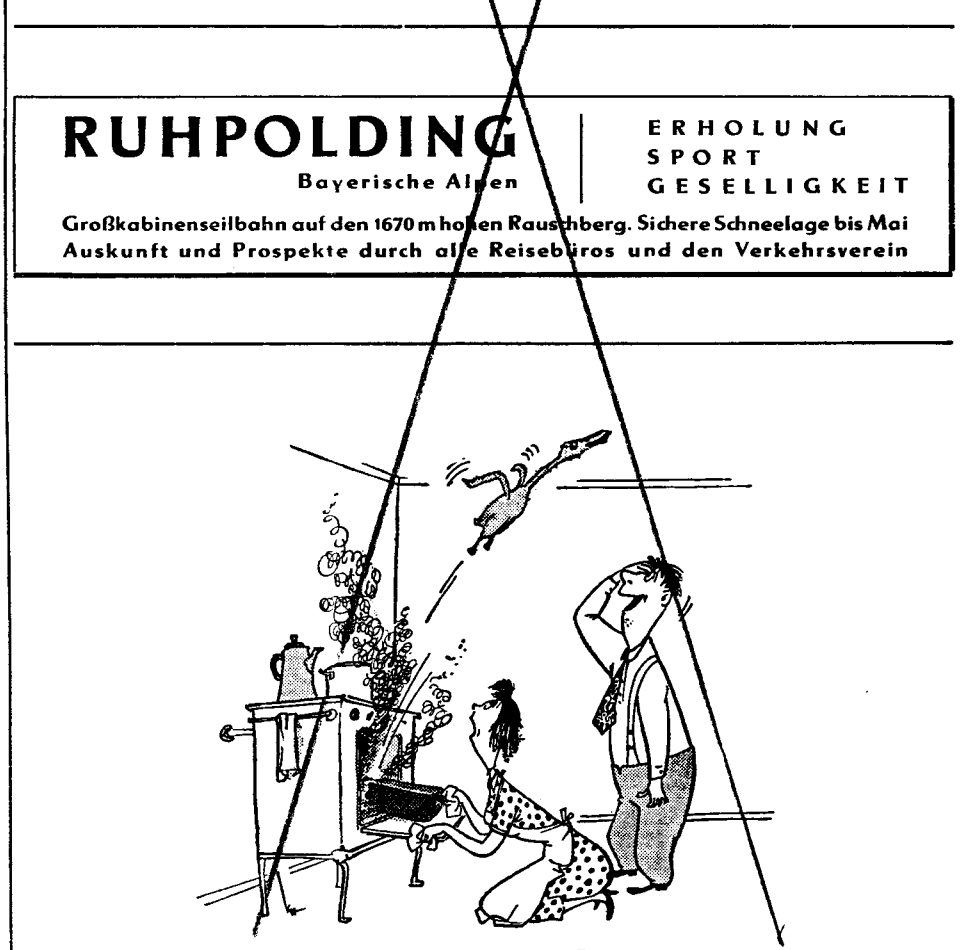
Der sowjetische Nadelstich gegen die wohlgenährten eidgenössischen Arbeiter beunruhigte und schmerzte die schweizerischen Sozialisten. Ihr langjähriger Parteipräsident, Nationalrat Dr. Hans Oprecht, wollte Klarheit schaffen. Deshalb reichte er im Oktober eine Kleine Anfrage an die Regierung ein, worin er sich erkundigte, ob die Verordnung des Bundesrates von 1909 noch gelte, in der es klipp und klar heißt: „Der Verkehr mit Hunde- und Katzenfleisch und mit daraus hergestellten Waren ist verboten."

Offenbar stellte die schweizerische Regierung ausgiebige Nachforschungen an. Jedenfalls benötigte sie dazu zwei Monate. Dann kam im Dezember die Antwort auf die Kleine Anfrage. Sie stellte fest, daß es den einzelnen schweizerischen Kantonen vorbehalten sei, Ausnahmen von dem Verbot von 1909 zuzulassen. „Unter Aufstellung sichernder Bestimmung" können sie innerhalb ihres Gebiets den „Verkehr mit Hunde- und Katzenfleisch bewilligen". Lokale, die diesem Zweck dienen, „sind aber durch entsprechende Aufschriften zu kennzeichnen".

Auch über den Grund, weshalb den Kantonen diese Bewilligungen eingeräumt wurden, gibt die Regierungsantwort Auskunft. Ziemlich weit sei nämlich der Glaube verbreitet, daß Katzen- und Hundefleisch besonders gesundheitsfördernd und in bestimmten Fällen direkt krankheitsverhütend sei. Wo in einzelnen Kantonen Hunde und Katzen verzehrt würden, seien „zweckdienliche Kontrollen erlassen" und Fleischbeschau verordnet worden. Gesundheitliche Nachteile hätten sich bei den Liebhabern von Hunde- und Katzenbraten bisher niemals feststellen lassen.

Für die meisten Eidgenossen war der regierungsoffizielle Unterricht über die Variationsbreite der schweizerischen Küche







„MOUSON-Erzeugnisse sind auch in Österreich, der Schweiz, den Beneluxstaaten, Skandinavien und in etwa 50 anderen Ländern der Welt in **Originalqualität** zu haben."

eine ärgerliche Überraschung. Am meisten aber stöhnen die Tierschützler und — weil sie eine abschreckende Wirkung auf die ausländischen Touristen fürchten — die Hoteliers.

Nur aus einer Ecke ertönt Triumphgeheul. Mit fetter Schlagzeile verkündete der kommunistische „Vorwärts": „Doch Hundefleisch in der Schweiz!"

FRAUEN-CLUBS

Der Schrecken von Texas

„Was", fragt der amerikanische Bilderbogen-Zeichner Al Capp, „wird aus den saubergeschrubbten, sonnenfrohen, langbeinigen Mädchen unseres Landes, wenn sie die 40-Jahre-Wendemarke überrollen?"

Und Capp gibt sich selbst die „martervolle" Antwort: „Sie machen eine grauenerregende Metamorphose durch. Sie treten einem Frauenclub bei — etwa der ‚Liga hundertprozentig amerikanischer Mütter zur Ausschaltung unamerikanischer Mütter' — und werden zur schwersten inneren Bedrohung all der Dinge, die jedem echten, vollblütigen Amerikaner lieb und teuer sind."

Daß Al Capp nicht übertreibt, beweist eine Geschichte, die sich jetzt in der Stadt Houston im Staate Texas zugetragen hat. Houston (600 000 Einw.) gilt als die schönste Stadt in Texas und — nach der Logik der Texaner — damit auch als die schönste der Welt. Ihre Pracht offenbart sich an den Bankhochhäusern, wo die fetten Konten der Rinderzüchter und Ölquellenbesitzer immer mehr anschwellen, und an den Hotelpalästen, wo übers Wochenende Hochbetrieb herrscht, wenn die Privatflugzeuge von den weitverstreuten Ranchhäusern hereingelandet kommen.

Binnen kürzester Zeit würde hier auch der stabilste Kommunist an seiner Daseinsberechtigung verzweifeln und mit Freuden den antikommunistischen Loyalitätseid leisten, den die Texaner Staatsregierung von allen Lehrern und Beamten fordert. Kein noch so verwaschener Rosaroter ist je in Houston zur Strecke gebracht worden. Dennoch mußte die Lokalzeitung „Post" feststellen: „Eine vergiftende Furcht vor dem Kommunismus hat Houston durchdrungen."

Ständig wurden bewährte Houstoner Kleriker und Erzieher in Flüsterkampagnen als Kommunisten angeschwärzt. Mehrere Lehrer wurden auf Grund zahlreicher Proteste gegen den „umstrittenen" politischen Wert ihrer Persönlichkeiten entlassen, und zahlreichen bekannten, von auswärts kommenden Vortragsrednern wurde mit der gleichen Begründung — sie seien „zu umstritten" — die Benutzung öffentlicher Säle untersagt.

Diese Vorfälle erregten die Neugierde von Harry Johnston, dem Lokalredakteur der Houstoner „Post", und er schickte seinen Reporter O'Leary los, damit er herausfinde, wer dahintersteckt. Zu dieser Zeit war gerade der stellvertretende Houstoner Schulrat George Ebey als „zu umstritten" von seinem Posten gefeuert worden, obwohl es nicht den Schatten eines Beweises gab, daß Ebey etwas anderes als ein guter, patriotischer Amerikaner ist.

Hier nahm O'Leary die Fährte auf und stellte fest, daß zahlreiche Proteste Houstoner Frauen bei der Schulbehörde den Schulrat die Stellung gekostet hatten. Die gleichen Damen hatten auch verhindert, daß der Schulrat Willard Goslin aus der Stadt Pasadena in Houston einen Vortragsraum zur Verfügung gestellt bekam.

Ebenso war die geplante Teilnahme der Houstoner Schulen an einem von der Uno veranstalteten Aufsatz-Wettbewerb ihren schrillen Protesten beim Schulamt zum